## A-4 Die Klimawende schaffen wir nur gemeinsam

**Antragsteller*in:** Annka Esser, Marlene Jahn, Robin Miller, Josepha Albrecht, Nando Spicker

**Tagesordnungspunkt:** A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

**Status:** Zurückgezogen

## Antragstext

Mit der Klimakrise stehen wir vor der größten gesellschaftlichen Herausforderung aller Zeiten. Unsere Wirtschafts- und Lebensweise muss sich fundamental ändern, damit wir CO2-Emissionen auf Netto-Null[1] reduzieren und unsere Lebensgrundlage erhalten können.

Für uns als GRÜNE JUGEND ist daher klar: nur mit der Unterstützung, Tatkräftigkeit und Kreativität aller Berliner*innen können wir Deutschland so umbauen, dass es zu einer klimagerechten Welt beiträgt.

**Bildung über die Klimakrise für Alle!**

Klimagerechtigkeit in der Schule:

In jedem Themenbereich sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzthemen mitbehandelt werden. Damit jedem*jeder die sektorübergreifenden Ausmaße klar werden können. Da die Klimakrise soziale Ungerechtigkeiten verschärft und daher intersektional gedacht werden muss, soll es fächerübergreifende Projektwochen an Schulen geben. Darauf muss das Lehrpersonal vorbereitet werden. Aus diesem Grund braucht es umfassende Fortbildungen zu den Themen Klimakrise, Klimaanpassung, Klimagerechtigkeit, Intersektionalität und Nachhaltigkeit. Auch ein spezielles Angebot für Schulleiter*innen und Leitungen von Kindertagesstätten muss geschaffen werden. Materialien zu dem Thema müssen stets geteilt werden. Schüler*innen sollen von klein auf lernen, dass sie alle zur Klimawende beitragen können. Lernbegleitende sollen die Schüler*innen dazu anregen, sich mit Projekten zu befassen, die die vielschichtigen Folgen des Klimawandels behandeln. Exkursionen zu Globalstreiks sollen genutzt werden, um Schüler*innen demokratische Beteiligung näher zu bringen. Die Kriminalisierung von Teilnahmen an Schulstreis von Fridays for Future durch z.B. schlechte Benotung, Nichtversetzen oder Schulversäumnisanzeigen muss sofort beendet werden.

Klimagerechtigkeit in der Ausbildung und im Studium:

Nachhaltigkeit und Klimaanpassung muss auch ein Bestandteil jeder Ausbildung sein. Die Nachhaltigkeit von Projekten darf nicht länger Aufgabe von einzelnen Handwerksunternehmen sein. Dafür müssen ökologische Weiterbildungen kostenlos werden. Alle Student*innen sollen ein Klimastudium (30 LP überfachlich, 30 LP im eigenen Fach) absolvieren nach dem Vorbild des Studium Generale. Das bedeutet, dass sich alle Student*innen ausgiebig mit der Klimakrise und Klimagerechtigkeit beschäftigen. Des Weiteren müssen sich alle Hochschulen eine Nachhaltigkeitsstrategie geben, die dazu führt, dass sie 2030 klimaneutral sind. Bei der Erarbeitung müssen alle Statusgruppen mit eingebunden werden. Die Erarbeitung muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Es ist wichtig, dass junge Menschen umfassend über die Klimakrise informiert sind. Doch gerade Erwachsene, die momentan über unsere Zukunft entscheiden, müssen bereits jetzt darüber informiert sein. Dafür brauchen wir mehr als die Berichterstattung in Zeitungen.

Jede*r Angestellte*r sollte die Möglichkeit haben 7 Klima-Bildungstage im Jahr zu besuchen. Diese Bildungsurlaubstage sollen von staatlich geprüften Initiativen und Organisationen durchgeführt werden. Jährliche Informationskampagnen über die Klimakrise und wie man sich an der Klimawende beteiligen kann, sollen dieses Angebot ergänzen. Die Informationskampagnen müssen in verschiedenen Sprachen erstellt werden (mindestens türkisch, deutsch, englisch, arabisch und polnisch).

**Klimabürger*innenrat und direkte Demokratie für das Projekt Klimaneutral bis spätesens 2035**

Die Bundesregierung soll noch in dieser Legislaturperiode einen Klimabürger*innenrat einberufen, damit dessen Ergebnisse in die Koalitionsverhandlungen einfließen können. Das Ziel, 2035 Klimaneutralität zu erreichen, ist dabei nicht verhandelbar, der Weg dorthin allerdings schon. Werden Menschen mitgenommen und können sogar daran mitwirken, wie die Ziele zu erreichen sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass einschneidende Maßnahmen von einer breiten Mehrheit mitgetragen werden. Dabei wird vor allem über Zielkonflikte wie die Verteilung von Flächen und den sozialen Ausgleich von Klimaschutzmaßnahmen zu beraten sein.

Die Teilnehmenden werden per gestaffelter Zufallsauswahl nach Kriterien wie z.B. Wohnort, Geschlecht, Bildungabschluss und Migrationshintergrund bestimmt, so dass der Bürger*innenrat einen Querschnitt der Berliner Bevölkerung abbildet. Dieses Gremium wird von Wissenschaftler*innen und nicht kommerziellen Interessenvertretungen beraten. An mehreren Wochenenden arbeitet der Bürger*innenrat konkrete klimapolitische Empfehlungen aus. Anreize wie eine finanzielle Entschädigung sowie Kinderbetreuung und Barrierefreiheit sorgen dafür, dass auch diejenigen teilnehmen, denen bei konventionellen Verfahren eine Beteiligung erschwert wird. Auch Landes- und kommunale Regierungen sollen

Klimabürger*innenräte einberufen.

Klimabürger*innenräte bilden eine sinnvolle Ergänzung zum parlamentarischen System um verschiedene gesellschaftliche Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Aber auch direktdemokratische Abstimmungen können eine wertvolle Ergänzung sein, da sie den gesellschaftlichen Diskurs fördern. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Abstimmenden über die Konsequenzen der Entscheidung umfassend informiert und Minderheiten sowie Grundrechte von Anfang an wirksam geschützt sind.

**Platz und Geld für zivilgesellschaftliches Engegement!**

Wir befürworten Maßnahmen wie die 28-Stunden-Woche oder ein bedingungsloses Grundeinkommen, welche dazu führen, dass es sich alle Menschen leisten können, sich für Klimagerechtigkeit zu engagieren. Gleichzeitig wollen wir kommunale Strukturen aufbauen, die Initiativen strukturell und finanziell bei ihrer Arbeit unterstützen. In jeder Stadt oder Gemeinde sollen Klimahäuser eingerichtet werden, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen kostenlos Räume nutzen können, in denen sie sich treffen und Plena abhalten können. In Klimahäusern sollen auch Beratungsstellen zu Klimaschutzfragen angesiedelt sein. So können Best Practice Beispiele ausgetauscht und über Probleme und Hindernisse geredet werden.

1) Es werden nicht mehr CO2-Emmissionen ausgestoßen als kompensiert werden können.

## Begründung

erfolgt mündlich